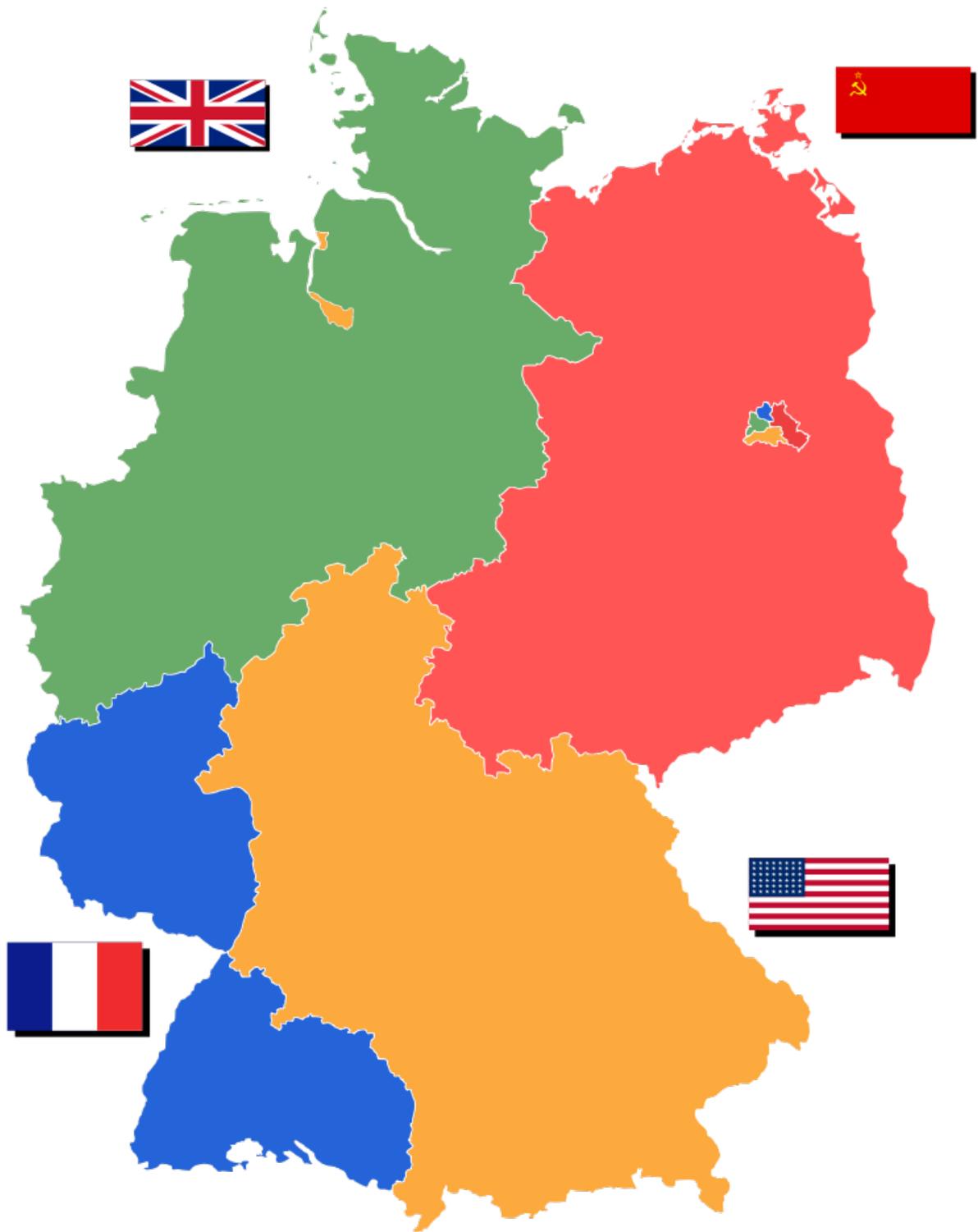


12. Die sowjetische Treuhandverwaltung „Deutsche Demokratische Republik“ („DDR“) in der „sowjetischen Besatzungszone“ („SBZ“) in „Mitteldeutschland“



- Ab 1945 mangels Friedensverträge mit 54 Nationen kein Frieden!
- Ab 1946 Beginn „kalter Krieg“ - angloamerikanisch- angelsächsische Westalliierte gegen die UdSSR:

Ökonomische Kriegsführung:

Am 20. Juni 1948 wurde zur Währungsreform in der angloamerikanischen Trizone (die drei westlichen Besatzungszonen) die Reichsmark abgeschafft und die Deutsche Mark (der Bank deutscher Länder, später Deutsche Bundesbank) eingeführt. Es wurden offenbar im US-Auftrag aus der „Trizone“ die wertlos gewordene Reichsmarkbestände in größeren Mengen in die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands gebracht, in der die Reichsmark noch gesetzliches Zahlungsmittel war. Diese Aktion verursachte eine offensichtlich beabsichtigte Inflation, durch die alle privaten Bargeldbestände in SBZ praktisch über Nacht wertlos wurden. Als Notmaßnahme wurde in der SBZ vom 24. Juni bis 28. Juni 1948 ein Bargeldumtausch durchgeführt. Die „Mark“ war die Bezeichnung für verschiedene gesetzliche Zahlungsmittel der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR von 1948 bis 1990.

Sie wurden ab 1948 von der Deutschen Notenbank und ab 1968 von der Staatsbank der DDR herausgegeben. Folgende auf „Mark“ lautende Währungen wurden im Territorium der DDR emittiert:

- Deutsche Mark der Deutschen Notenbank (DM) 24. Juli 1948 bis 31. Juli 1964
- Mark der Deutschen Notenbank (MDN) 1. August 1964 bis 31. Dezember 1967
- Mark (M) der Deutschen Demokratischen Republik (auch Mark der DDR) 1. Januar 1968 bis 30. Juni 1990 -

Weitere Einzelheiten zur Währung der DDR - siehe z. Bsp. die Quelle:

[https://de.wikipedia.org/wiki/Mark_\(DDR\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Mark_(DDR))

Nach der Gründung der angloamerikanischen Treuhandverwaltung „Bundesrepublik Deutschland“ („BRD“) wird am 7. Oktober 1949 wird die „Deutsche Demokratische Republik“ („DDR“) im Auftrag der alliierten Siegermacht UdSSR in Deutschland gegründet und bekommt eine Verfassung verordnet, welche von einem 1. und 2. „deutschen Volksrat“ (die spätere „Volkskammer der DDR“) erarbeitet und mit Zustimmung der Sowjetunion vom einer „provisorischen Volkskammer“ beschlossen wird.

Weitere Einzelheiten zur Gründung der DDR - siehe z. Bsp. die Quelle:

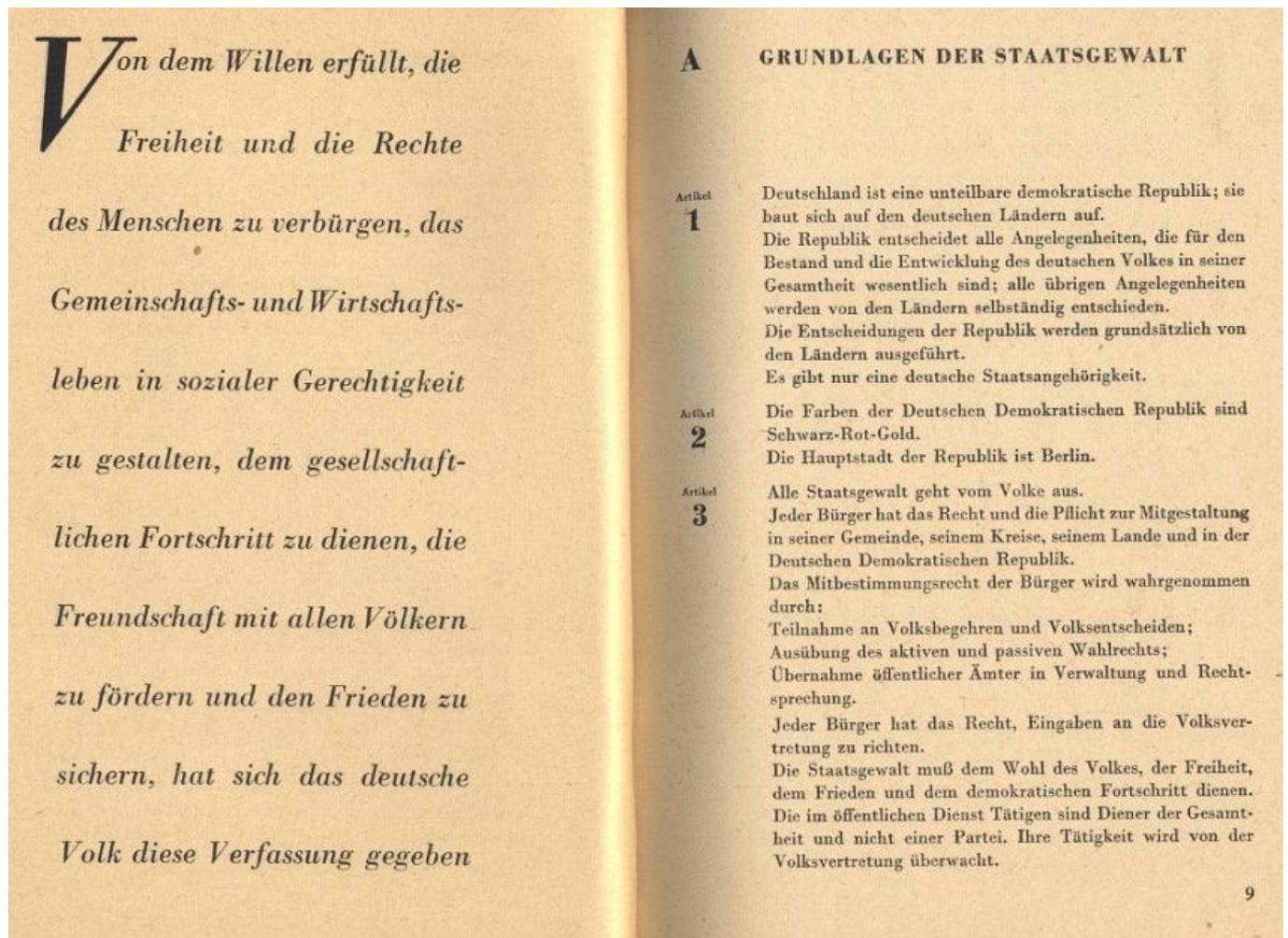
https://de.wikipedia.org/wiki/Geschichte_der_Deutschen_Demokratischen_Republik

Das verbotene nationalsozialistische Gleichschaltungsrecht bleibt aktiviert. So wird auch das verbotene Staatsangehörigkeitsrecht der Nationalsozialisten in Form der „deutschen Staatsangehörigkeit“ vom 5.02.1934 weiter angewendet.

Beweis: In der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) = Deutsche Demokratische Republik (DDR) wird wie in der BRD die gleiche *deutsche Staatsangehörigkeit* von Adolf Hitler fortgeführt:

„Artikel 1 der Verfassung der DDR:

**„Es gibt nur eine deutsche Staatsangehörigkeit“
(Reichangehörigkeit R = STAG vom 05.02.1934!)**



Die nationalsozialistische Glaubhaftmachung *Deutsch* in der DDR



TÄUSCHUNG

DEUTSCH



1934 - heute

DEUTSCH

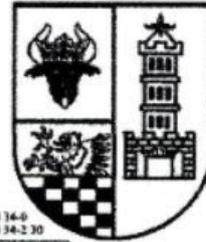


TÄUSCHUNG

keine Heimat

Bestätigung Landrat Demmin in Mecklenburg - Auch die DDR führte die deutsche Staatsangehörigkeit von 1934 weiter

**LANDKREIS DEMMIN
DER LANDRAT**



HAUPTDIENSTGEBÄUDE
Haupteingang
Adolf-Poeppe-Straße 12 - 15
17109 Demmin

Postfach 12 54 ☒ Vermittlung (0 39 98) 4 34-0
17102 Demmin ☒ Telefax (0 39 98) 4 34-2 30

Landkreis Demmin - Der Landrat - PF 12 54 - 17102 Demmin

NEU: www.landkreis-demmin.de

Frau

Ant	
Ordnungsamt	
Ihr Ansprechpartner	Zimmer
Frau Affeldt	319
Sie finden uns	☒ Tel.-Nr.:
Hanseufer 3	(0 39 98) 4 34-3 85
E-Mail-Adresse	

Datum und Zeichen Ihres Schreibens	Mein Zeichen	Ort	Datum
	33.30.20	Demmin	1. März 2006

Antrag auf Einbürgerung vom 24. November 2005

Sehr geehrte Frau

eine Grundvoraussetzung für eine Antragstellung auf Einbürgerung ist, dass der Antragsteller Ausländer ist.

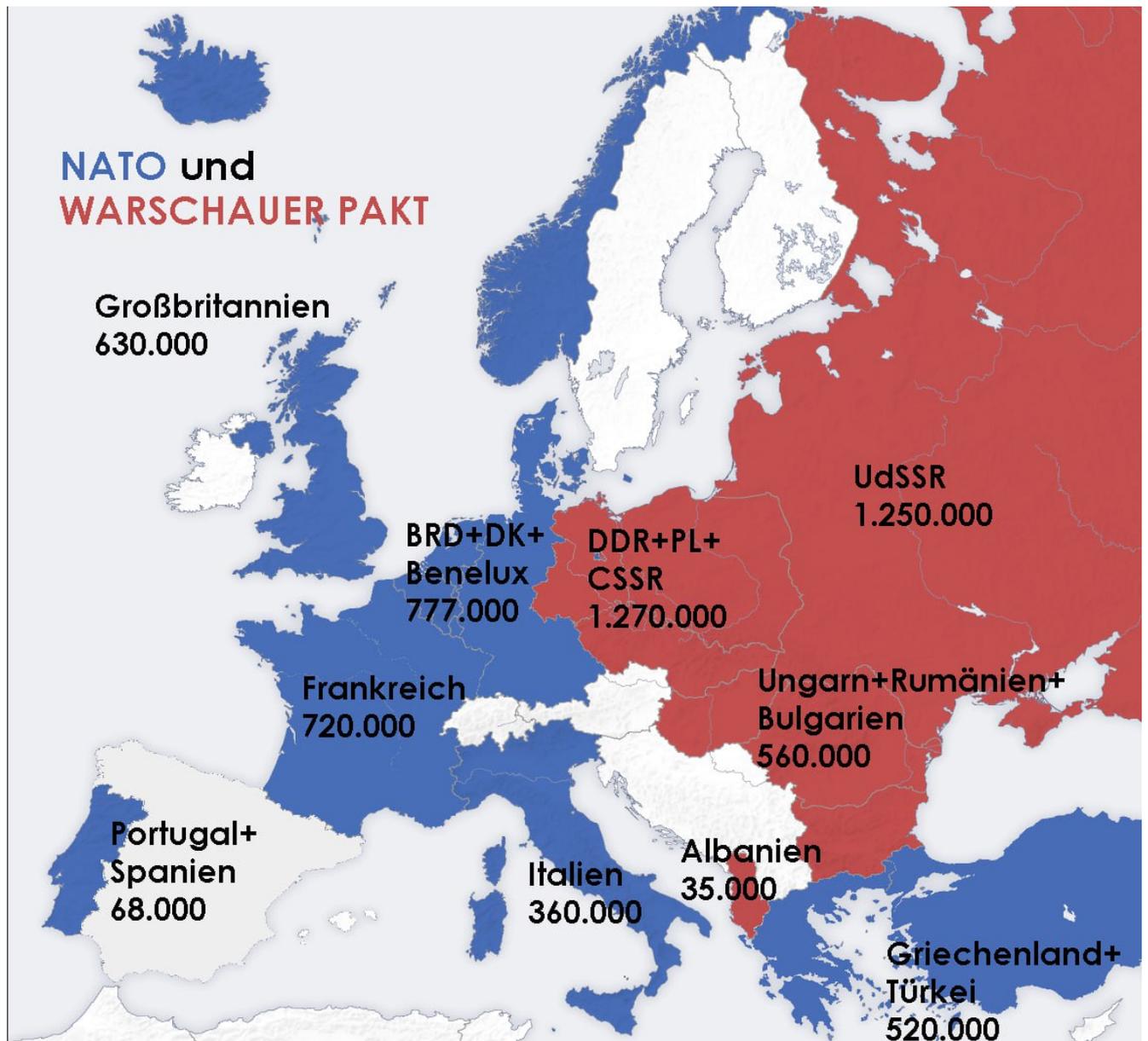
Sie geben an, Staatsbürgerin der DDR zu sein und die Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland erwerben zu wollen.

Personen, die die Staatsangehörigkeit der ehemaligen DDR besaßen, waren aber auch deutsche Staatsangehörige. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Beschluss vom 21. Oktober 1987 – 2BvR 373/83 – BVerfGE 77. 137 Ausführungen zum Fortbestand der einheitlichen deutschen Staatsangehörigkeit gemacht. Daraus ergibt sich, dass der Erwerb der Staatsbürgerschaft der DDR zum Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit geführt hat. Grundsätzlich sind alle Personen, die bis zum Ablauf des 2. Oktober 1990 die Staatsbürgerschaft der DDR besessen haben, mit der Herstellung der Einheit Deutschlands – in den Grenzen des ordre public – deutsche Staatsangehörige geblieben. Die Bundesrepublik Deutschland hatte am Fortbestand einer für alle Deutschen geltenden gemeinsamen deutschen Staatsangehörigkeit im Sinne des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes (RuStAG jetzt StAG) von 1913 stets festgehalten. Aus dem Grundsatz des Fortbestandes des deutschen Staatsvolkes folgt, dass es eine Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland, deren Erwerb Sie anstreben, nicht gibt.

AUßENSTELLE ALTENTREPLOW
Brunnenstr. 6 Postfach 15 69
17087 Altentrepow 17081 Altentrepow
☒ Vermittlung (0 39 81) 2 70-0
Telefax (0 39 81) 2 70-2 00

AUßENSTELLE MALCHIN
Fritz-Roster-Platz 9 Postfach 12 62
17139 Malchin 17132 Malchin
☒ Gesundheitsamt (0 39 94) 2 99 98 94
Jugendamt (0 39 94) 23 98 90
Telefax (0 39 94) 23 99 79

KONTO DER KREISKASSE
Sparkasse Mecklenburg-Demmin
Kto.-Nr. 310007105
(Blz. 150 502 00)



Karte vor der NATO-Ost-Expansion ab 1990

12.1 Kalter Krieg im nicht beendeten zweiten Weltkrieg: Vorbereitung der feindlichen Übernahme der DDR durch die BRD = Der Anfang vom Ende!

Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Besatzungsmacht>

"Besatzungsmacht bezeichnet einen Staat, der einen anderen Staat oder einen Teil davon besetzt hält.

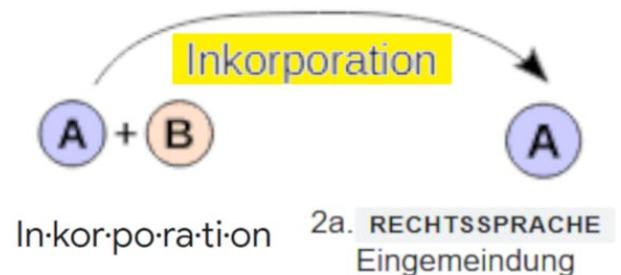
Die Besatzungsmacht, als in der Regel militärische Verwaltung (Militärregierung), übernimmt in den meisten Fällen laut Besatzungsrecht auch große Bereiche der Exekutive im besetzten Gebiet (...)

Die von einer Besatzungsmacht ausgeübte Herrschaft wird als Besatzungsregime bezeichnet."

Sowohl die "Bundesrepublik Deutschland" als auch die "Deutsche Demokratische Republik" sind im Rahmen des sog. "Besatzungsstatuts" errichtete Verwaltungs-Organisationen und damit **Besatzungsregime!**



Die Täuschung aller Völker durch eine sog. „Wiedervereinigung“ Deutschlands = des Deutschen Reiches, was in der Rechtsrealität unsinnig ist, da Deutschland seit dem 23. Mai 1945 als Ganzes in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 weiter handlungsunfähig fortbestand und besteht!



Besatzungsregime B tritt Besatzungsregime A bei.





Fakt: Stalins Tod öffnete den weströmischen Nazis die Tür zur UdSSR!

Molotows Mordthese: Der ehemalige Außenminister Wjatscheslaw Molotow behauptete später, Beria habe Stalin vergiftet. Denn der habe gewusst, dass der Diktator ihn als Nächstes hinrichten lassen wollte. Beria wurde wenige Monate nach Chruschtschows Amtsantritt verhaftet und hingerichtet.



Tod

Am Abend des 28. Februar 1953 traf sich Stalin mit Lawrenti Beria, Georgi Malenkow, Nikolai Bulganin und Nikita Chruschtschow zum Abendessen mit begleitendem Trinkgelage auf seiner Datscha in Kunzewo. Die Unterredung, gegen deren Ende Stalin in einem langen Monolog seine Mitarbeiter heftig kritisierte, dauerte bis vier Uhr am Morgen des 1. März 1953. Nach der Verabschiedung seiner Gäste erlitt Stalin in seinem Zimmer unbemerkt einen Schlaganfall.



Nikita Sergejewitsch Chruschtschow (...) war ein sowjetischer Politiker und von 1953 bis 1964 als Erster Sekretär der KPdSU der mächtigste Politiker der Sowjetunion.

Nach dem Tod Josef Stalins leitete er mit seiner 1956 auf dem XX. Parteitag der KPdSU gehaltenen Geheimrede die Entstalinisierung ein, was als Beginn der Tauwetter-Periode gilt. Chruschtschow wurde 1958 auch Vorsitzender des Ministerrats

Quellen: https://de.wikipedia.org/wiki/Nikita_Sergejewitsch_Chruschtschow
https://de.wikipedia.org/wiki/Josef_Stalin#Tod

12.2 Kalter Krieg: CIA-Farbrevolution „Volksaufstand“ vom 17. Juni 1953

 Central Intelligence Agency — CIA —	
	
Staatliche Ebene	Bund
Aufsichts- behörde(n)	Director of National Intelligence
Bestehen	seit 18. September 1947
Hauptsitz	George Bush Center for Intelligence, Langley, VA
Behördenleitung	Director: William Joseph Burns Deputy Director: David S. Cohen General Counsel: Kate Heinzelman
Mitarbeiter	21.575 ^[1] , offizielle Angaben unterliegen der Geheimhaltung
Haushaltsvolumen	ca. 14,8 Mrd. US-Dollar ^[2] , offizielle Angaben unterliegen der Geheimhaltung
Website	www.cia.gov ↗

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Central_Intelligence_Agency

Zur Nazi-Kollaboration des CIA

Nazi-Verbrecher in amerikanische Forschung und Geheimdienste

Eine erste geheime Aktion der CIA war es, heimlich zahlreiche hochrangige Nazis aus dem Umfeld des deutschen Nachrichtendienstes und der Waffenentwicklung nach Amerika zu holen. Man wollte vom Wissen dieser Nazis profitieren, unabhängig davon, ob es sich bei ihnen um Kriegsverbrecher handelte und sie in Deutschland verurteilt worden wären. Dies war ein gefährliches Spiel, da man die USA sozusagen absichtlich mit Nazigedankengut „infizierte“.

Operation Overcast und Operation Paperclip

In der geheimen **Operation Overcast** wurden deutsche Nazis mit technischem Wissen sogar in deutschen Gefängnissen gesucht, um das Wissen für die USA zu sichern. In der darauffolgenden geheimen **Operation Paperclip** hat man sie nach Amerika gebracht.

[Präsident Truman](#) machte zwar zur Bedingung, dass die Deutschen keine Nazis sein dürfen. Bei Bedarf jedoch hat die CIA und das FBI belastende Dokumente zur Nazi-Vergangenheit bereinigt oder vernichtet.

Unten die Fotos von Arthur Rudolf (Raketentechniker), Herrmann Becker-Freyseng (Luftfahrt-Mediziner), Otto von Bolschwing (SS-Mann im Geheimdienst), Wernherr von Braun (Raketentechniker) und Siegfried Ruff (Luftfahrt-Mediziner).



Eine Liste der von den USA rekrutierten Nazis findet man im Harry Brunser Report ([Info in Wikipedia](#)).

Quelle: <https://meinstein.ch/geschichte/cia/>

DER VOLKSAUFSTAND DES

17. Juni



Zeitgleiche Aktionen zur feindlichen Übernahme der DDR

BEFEHL

**des Militärkommandanten des sowjetischen
Sektors von Berlin**

Betrifft: Erklärung
des
**Ausnahme-
zustandes**
im sowjetischen Sektor von Berlin

Für die Herbeiführung einer festen öffentlichen Ordnung im sowjetischen Sektor von Berlin wird befohlen:

1. Ab 13 Uhr des 17. Juni 1953 wird im sowjetischen Sektor von Berlin der Ausnahmezustand verhängt.
2. Alle Demonstrationen, Versammlungen, Kundgebungen und sonstige Menschenansammlungen über 3 Personen werden auf Straßen und Plätzen wie auch in öffentlichen Gebäuden verboten.
3. Jeglicher Verkehr von Fußgängern und der Verkehr von Kraftfahrzeugen und Fahrzeugen wird von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens verboten.
4. Diejenigen, die gegen diesen Befehl verstoßen, werden nach **den Kriegsgesetzen** bestraft.

**Militärkommandant des sowjetischen Sektors von Berlin
Generalmajor Dibrowa**

Berlin, den 17. Juni 1953

Kriegsrecht im nicht beendeten zweiten Welt-Krieg!

12.3 Der sog. „antifaschistische Schutzwall“ („die Mauer“) zur Abwehr einer ersten inneren und äußeren feindlichen Übernahmeaktion!

NS-Gesinnung des Konrad Adenauer und die Ost-Expansionspläne der BRD



Bild-Quelle:

https://www.deutscheundpolen.de/ereignisse/ereignis_jsp/key=adenauer_im_ordensmantel_1958.html

CIA-Spionagetunnel – „Operation Gold“

Die Operation Gold (bei den Briten auch als Operation Stopwatch bezeichnet) war eine gemeinsame Spionageaktion, die vom amerikanischen CIA und dem britischen Secret Intelligence Service durchgeführt wurde, **um ab 1955** in Berlin Telefonleitungen der Deutschen Post der DDR, über die das Hauptquartier der Sowjetischen Armee Gespräche führte, mit Hilfe eines Tunnels anzuzapfen, der unter den sowjetisch besetzten Sektor der Stadt gegraben wurde. Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Operation_Gold



Operation Gold: The CIA's Berlin Tunnel - Warfare History Network

Besuchen

<https://warfarehistorynetwork.com/article/operation-gold-the-cias-berlin-tunnel/>

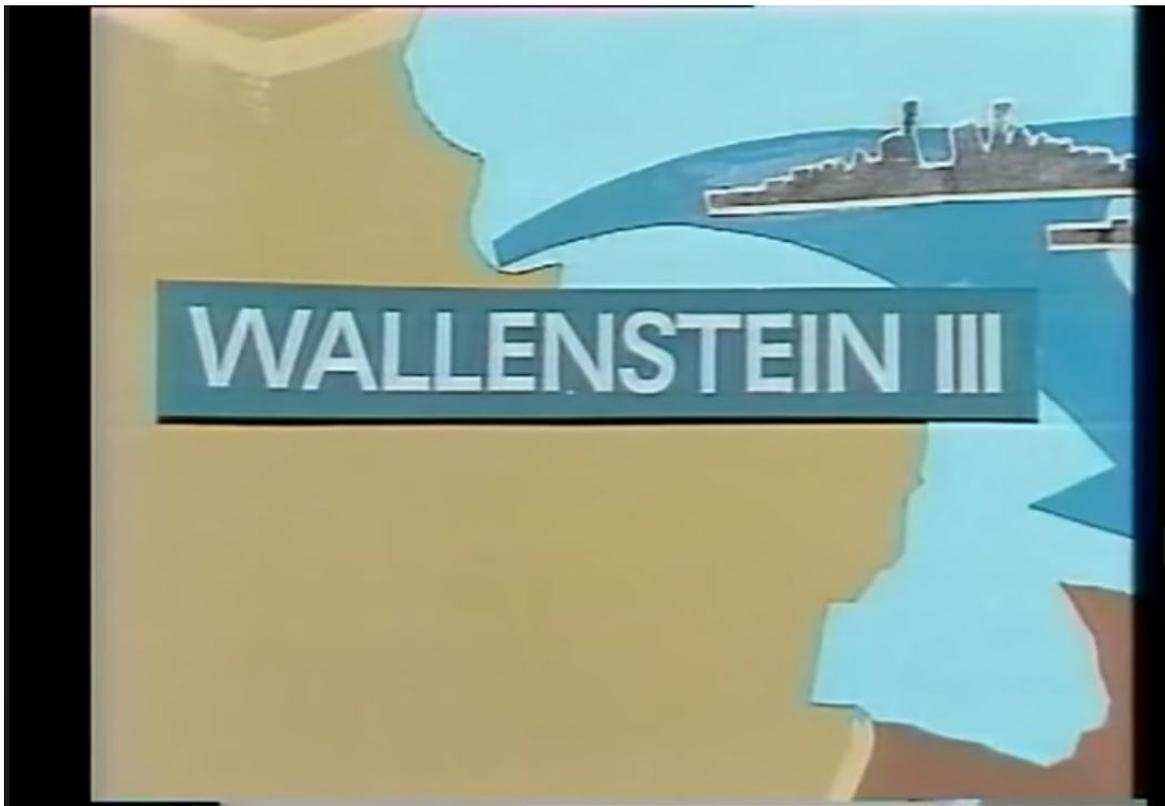


Geplante operative Maßnahmen der BRD gegen die DDR ab 1950:

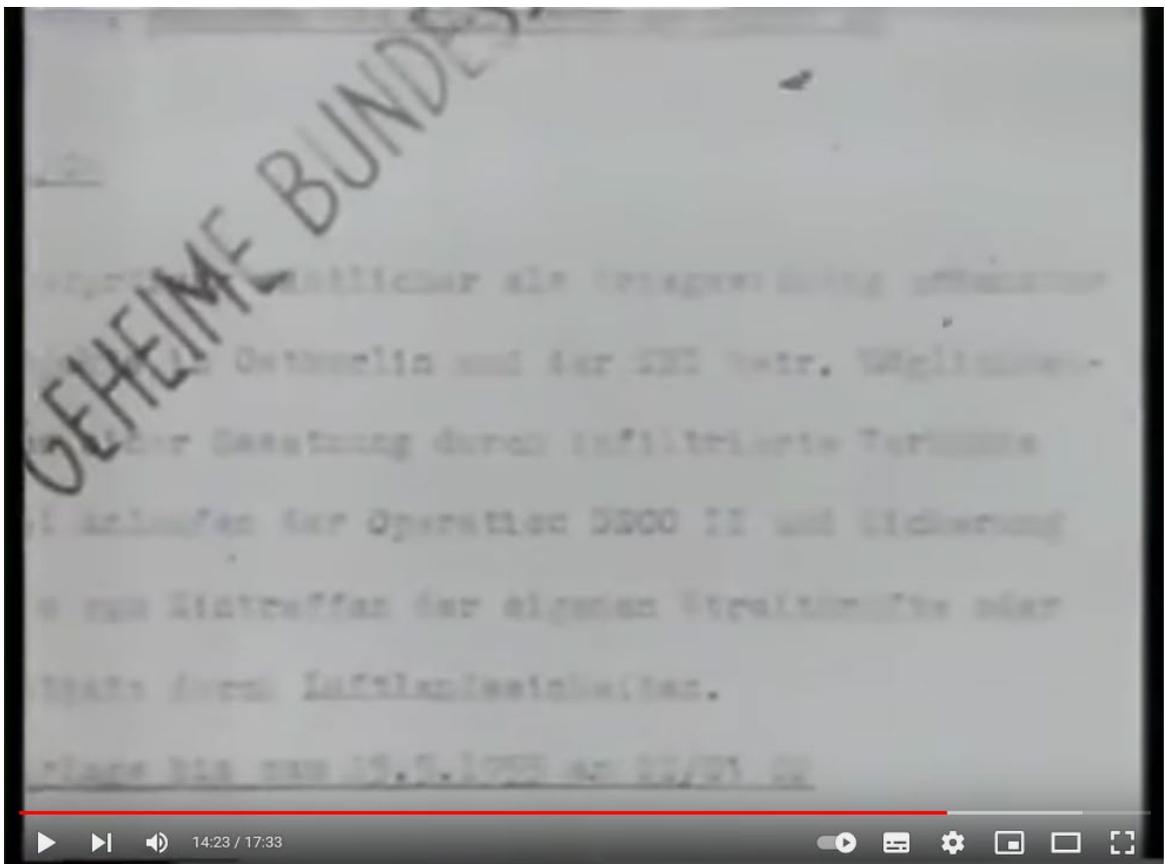
- innere Zersetzung durch Wirtschaftskrieg (Sanktionen), gezielte Abwerbung von Fachkräften, Abkauf der Warendecke, Anschläge auf Infrastruktur und wirtschaftliche Einrichtungen
- nach erfolgreicher Zersetzung Durchführung einer Farbrevolution und einer unterstützenden militärischen Invasion als übliche Humanitäre Maßnahme der „Freien westlichen Welt“ - **militärische Codierungen „Fall Rot“, „Ulmer Spatz“, „Winterschild“, „Side Step“, „Hold Fast“, Wallenstein III**

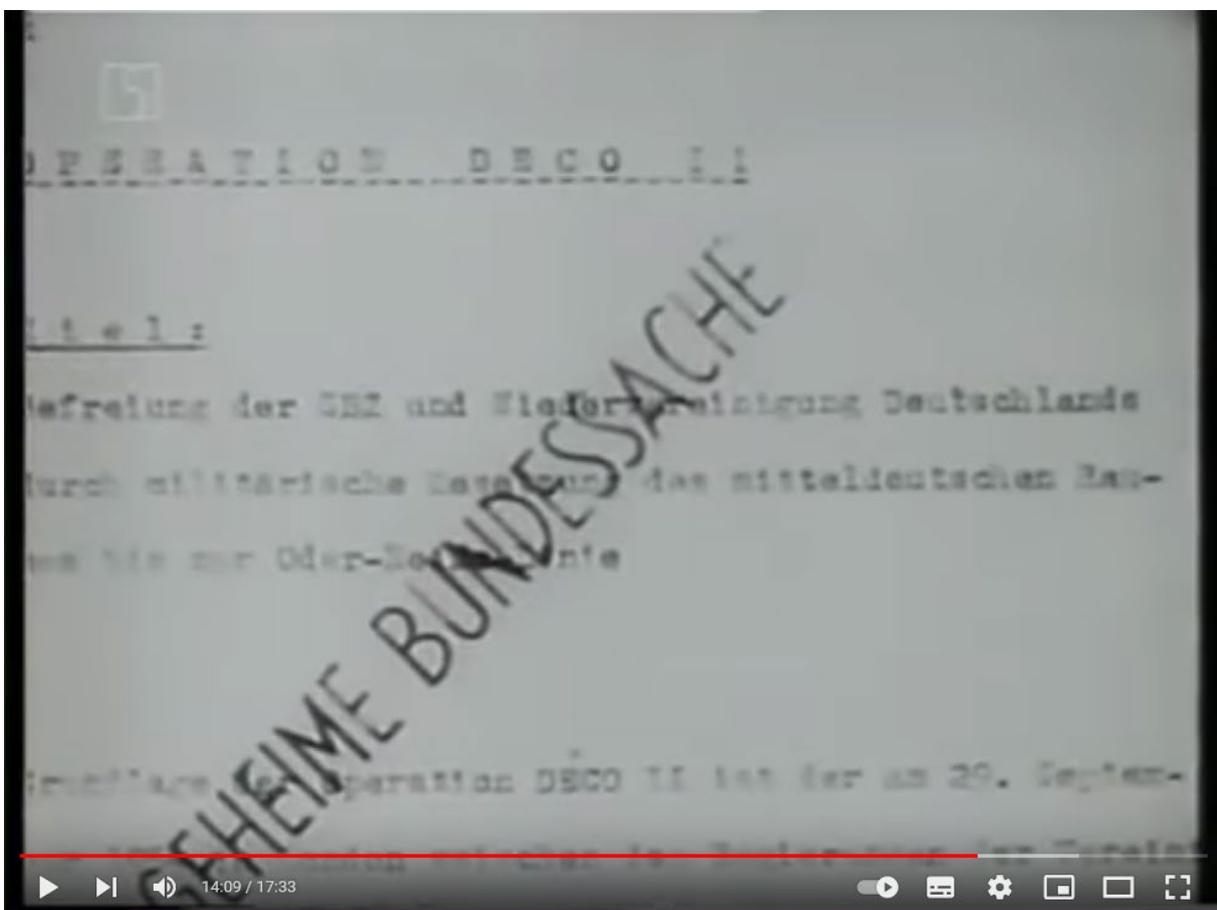
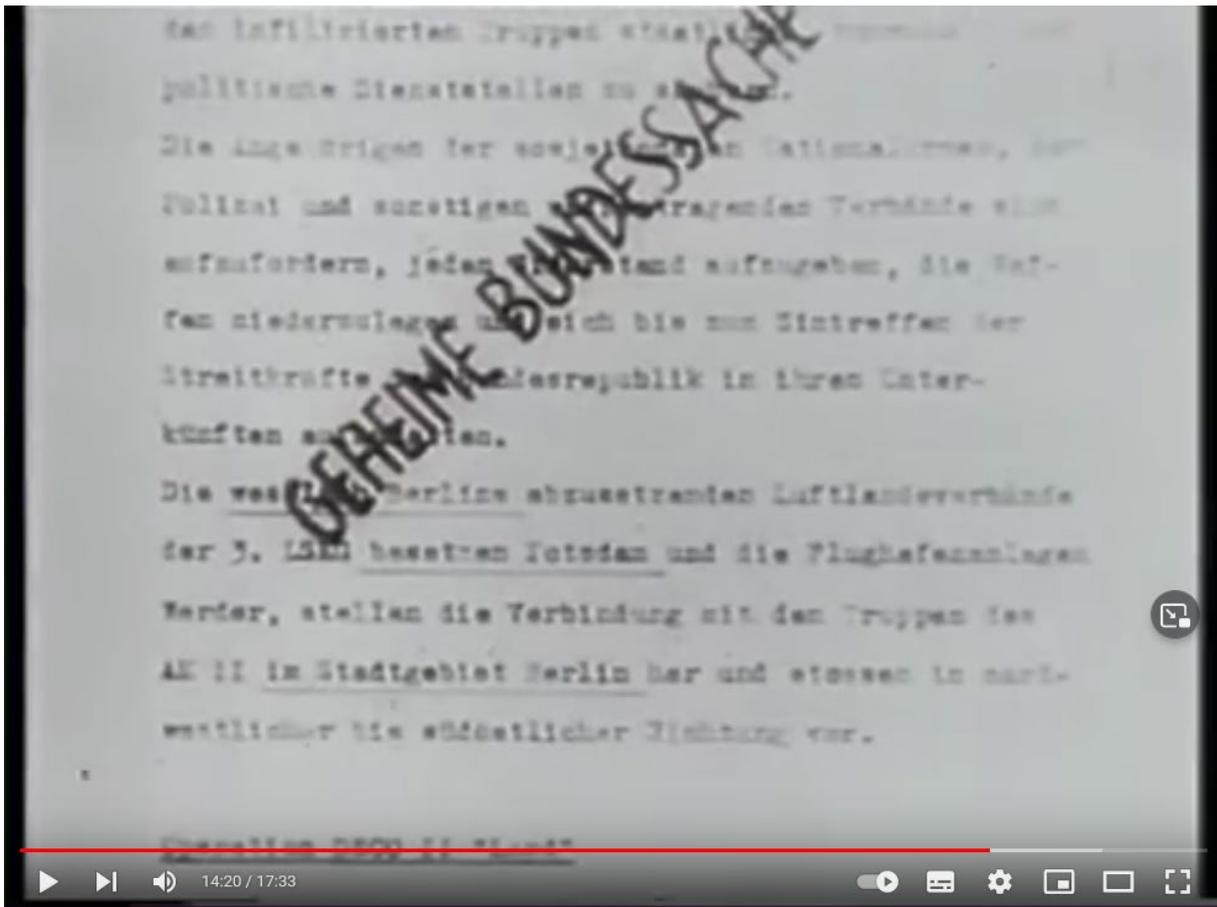
DDR-Doku Sonntag, der 13. - 20 Jahre Berliner Mauer (1981) <https://youtu.be/HjkkETM-XRE>
 Der 13. August 1961 - Der Antifaschistische Schutzwall <https://youtu.be/JCsm3mrQHfc>





DDR-Dok."Sonntag, der 13." 20 Jahre Berliner Mauer (1981)





zur Weite zu setzen, wenn Gewalt angewandt wird. Beide Dinge einzeln angewandt, würde zu keinem Erfolg führen. Zusammen angewandt, können sie der Sache des Friedens und der Freiheit nützlich sein.“

Erhöhung der US-Streitkräfte

Kennedy kündigte an, daß er den amerikanischen Kongreß heute um Zustimmung zu

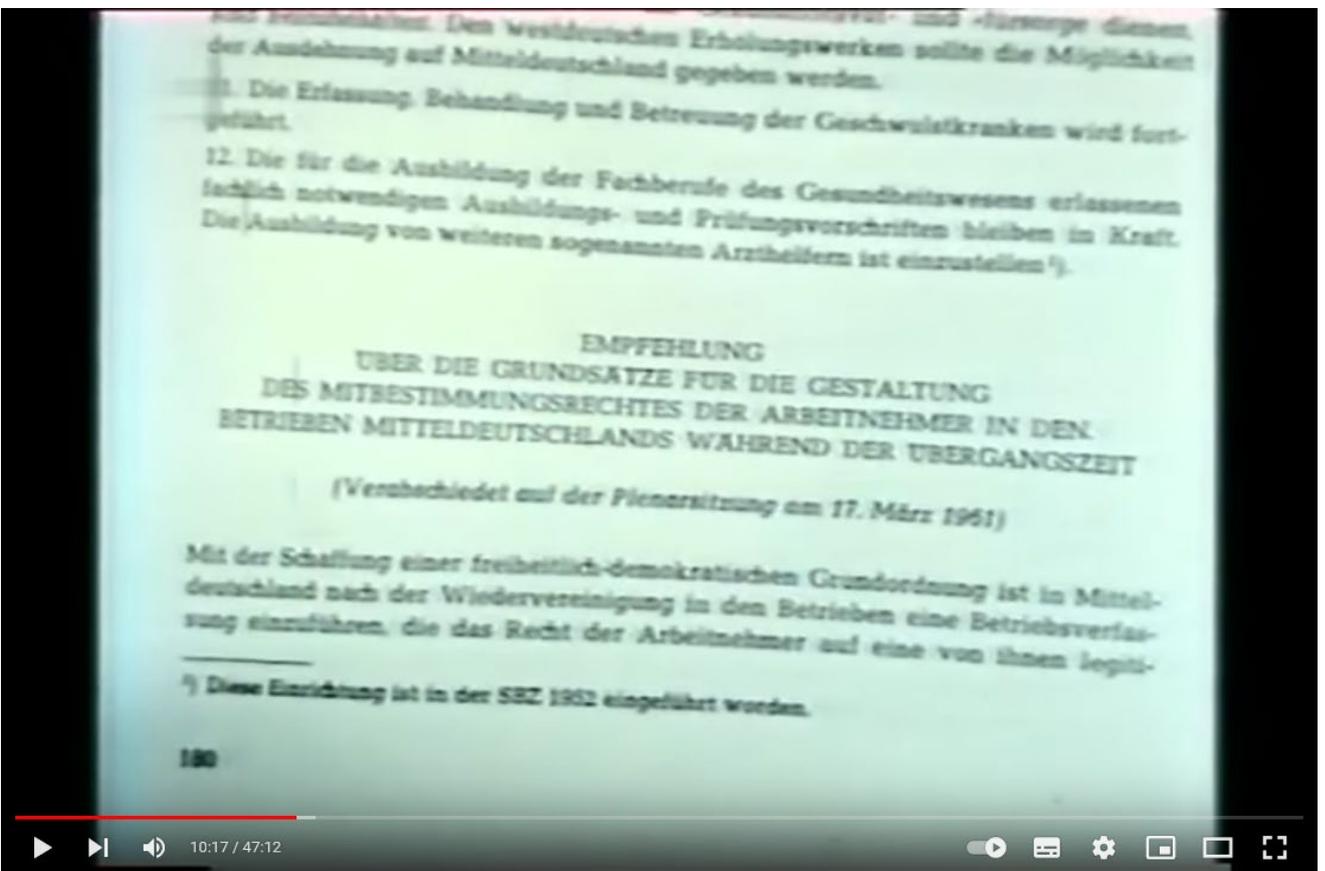
14:55 / 17:33

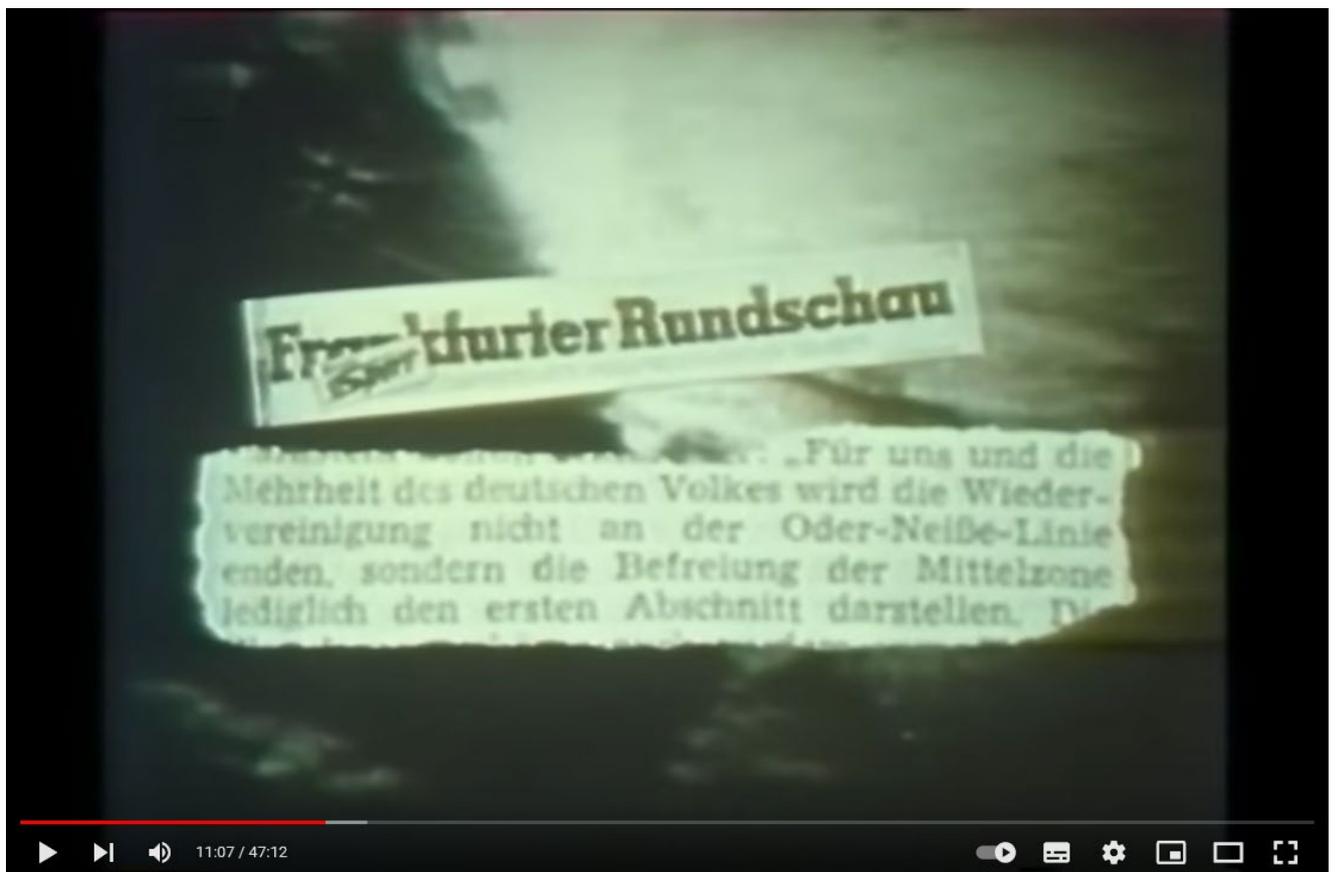
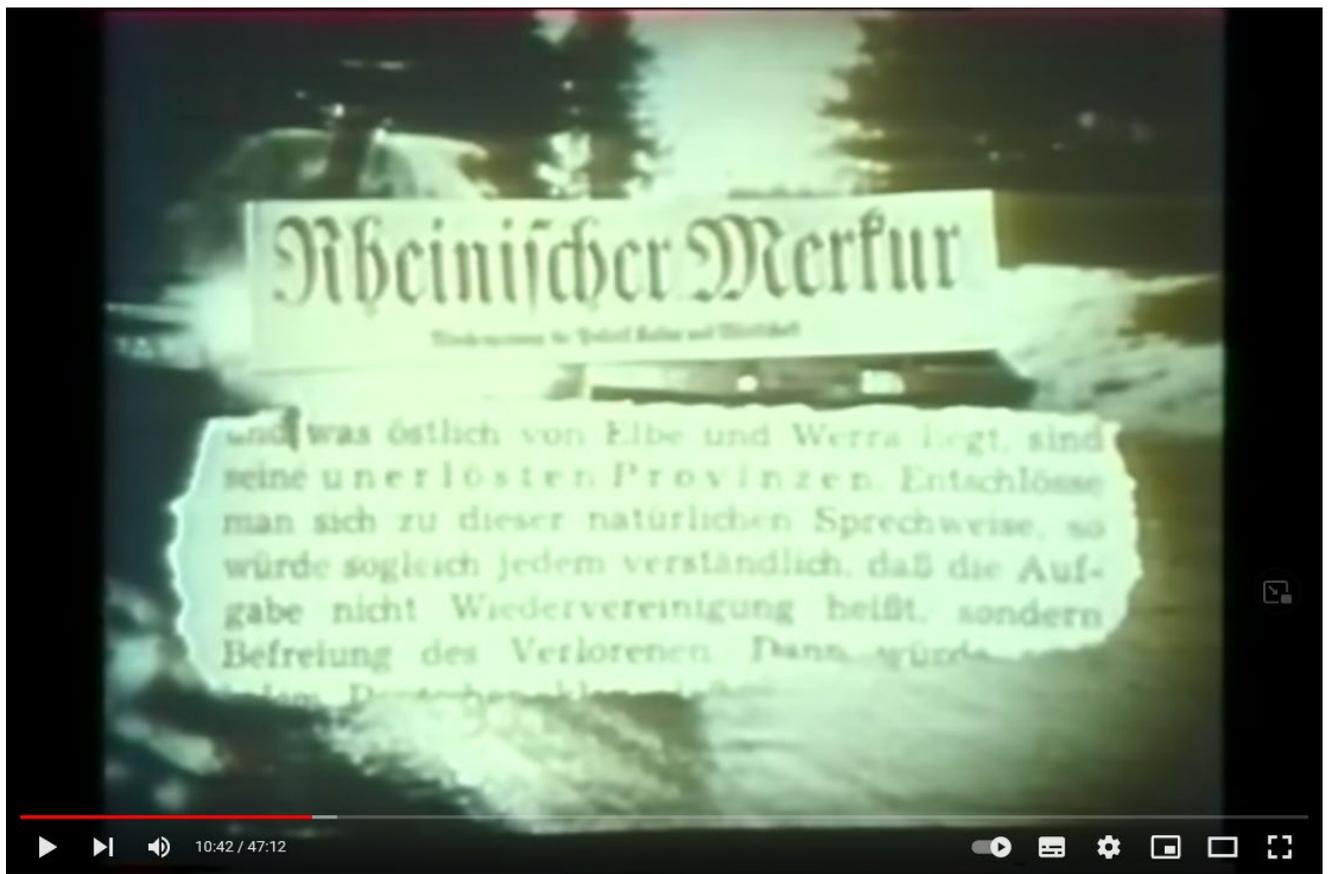
KENNEDY:

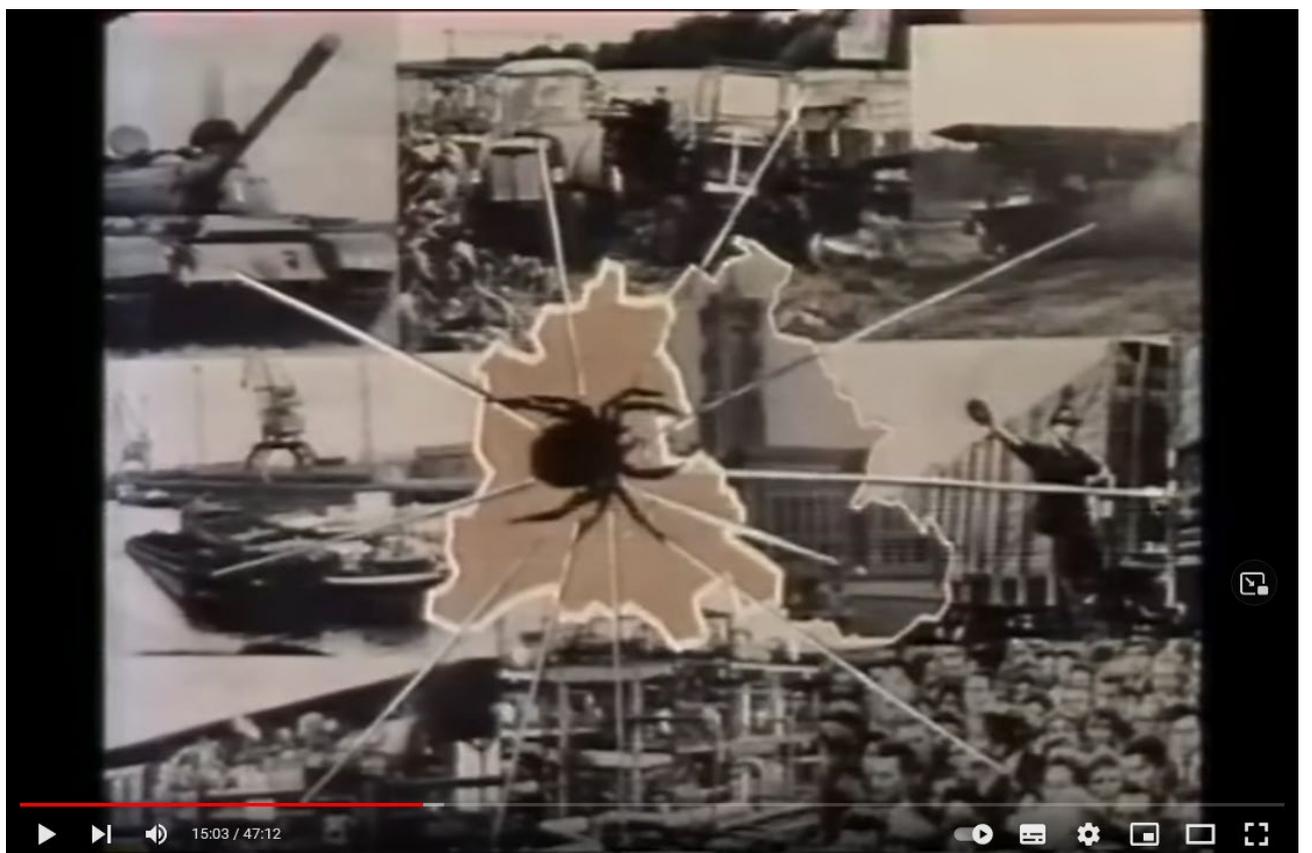
B.Z. Seid bereit,
für West-Berlin
kämpfen!



14:50 / 17:33

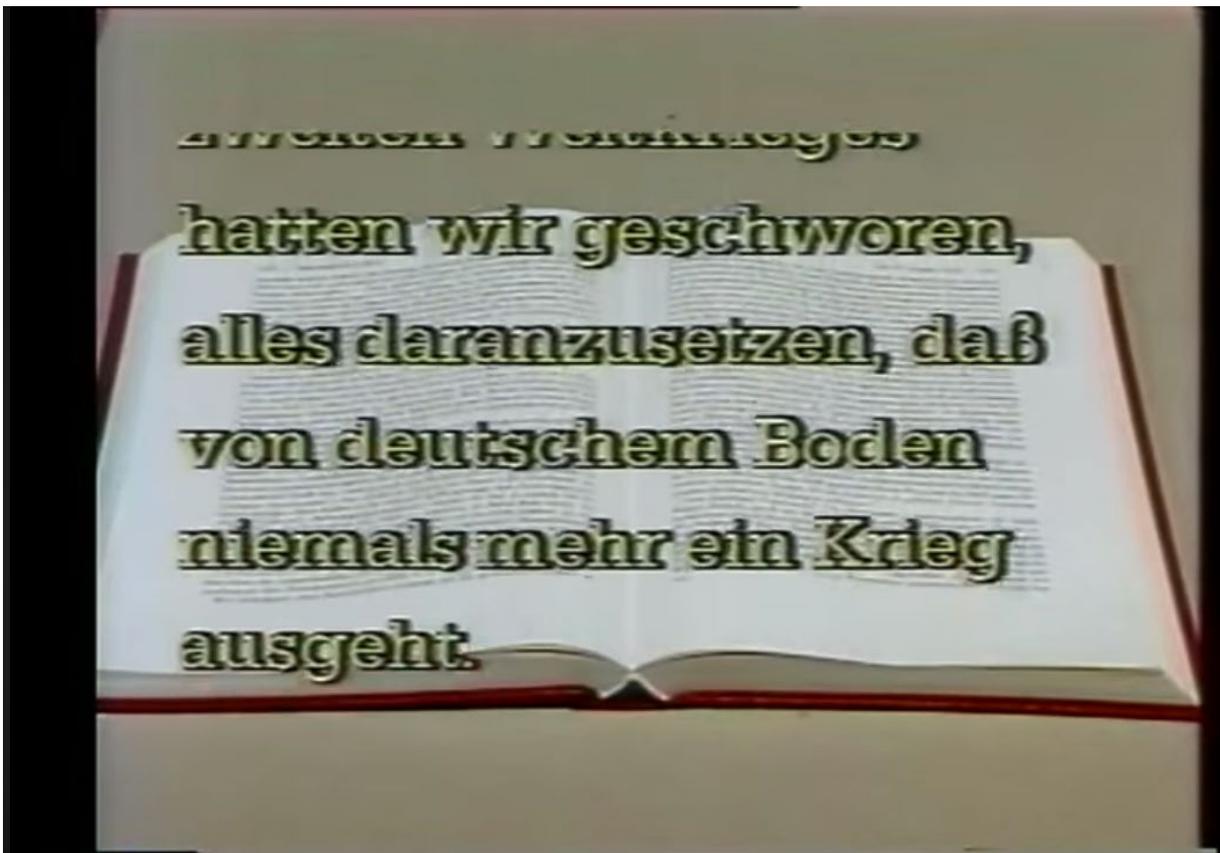








DDR-Dok."Sonntag, der 13." 20 Jahre Berliner Mauer (1981)



DDR-Dok."Sonntag, der 13." 20 Jahre Berliner Mauer (1981)

DDR-Doku Sonntag, der 13. - 20 Jahre Berliner Mauer (1981) <https://youtu.be/HjkkETM-XRE>
Der 13. August 1961 - Der Antifaschistische Schutzwall <https://youtu.be/JCsm3mrQHfc>

Schutz dem Aufbau unserer Republik!

Das Amt für Information teilt mit:

Der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik trat am Montag, dem 26. Mai 1952, zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, um zu der Lage Stellung zu nehmen, die sich daraus ergeben hat, daß die Bonner Regierung und die Westmächte an der Demarkationslinie der Deutschen Demokratischen Republik zahlreiche Zwischenfälle hervorrufen und Spione, Terroristen und Schmuggler über die Demarkationslinie in die Deutsche Demokratische Republik entsenden. In einer großen Zahl von Kundgebungen hat die Bevölkerung, besonders in den davon betroffenen Gebieten, die Regierung um Schutzmaßnahmen gegen die feindlichen Agenten gebeten, die durch ihre Attentate den Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik untergraben und die Hebung des Wohlstandes unserer Bevölkerung erschweren wollen.

Nach einer ausführlichen Begründung durch den Staatssekretär beim Ministerpräsidenten, Werner Eggerath, der an Hand zahlreicher Beispiele nachwies, daß die Grenzprovokationen seitens der Bonner Regierung und der westlichen Besatzungsmächte zu einem System geworden sind, nahm der Ministerrat nach einer Aussprache, an der sich der Stellvertreter des Ministerpräsidenten Otto Nuschke, die Minister Zalsser, Dertinger, Hamann und Burmeister beteiligten, einstimmig eine Verordnung über Maßnahmen an der Demarkationslinie zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und den westlichen Besatzungszonen Deutschlands an.

Verordnung

über Maßnahmen an der Demarkationslinie zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und den westlichen Besatzungszonen Deutschlands vom 26. Mai 1952

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat der Bonner Regierung und den Regierungen der Westmächte Vorschläge über die Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen und den baldmöglichsten Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zugeleitet. Dabei ließ sich die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik von dem einmütigen Willen des Volkes leiten, der auf die Erhaltung des Friedens und die Einheit Deutschlands gerichtet ist. Diese Vorschläge wurden von der Bonner Adenauer-Regierung abgelehnt, die auf Weisung der amerikanischen, englischen und französischen Besatzungsmächte sich anschickte, den Generalkriegsvertrag abzuschließen, der gegen den Friedensvertrag und die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands gerichtet ist. In Befolgung ihrer Kriegspolitik haben die Bonner Regierung und die westlichen Besatzungsmächte an der Demarkationslinie einen strengen Grenz- und Zolldienst eingeführt, um sich von der Deutschen Demokratischen Republik abzugrenzen und dadurch die Spaltung Deutschlands zu vertiefen.

Das Fehlen eines entsprechenden Schutzes der Demarkationslinie seitens der Deutschen Demokratischen Republik wird von den Westmächten dazu ausgenutzt, um in immer größerem Umfange Spione, Diversanten, Terroristen und Schmuggler über die Demarkationslinie in das Gebiet der Deutschen Demokra-

tischen Republik zu schleusen. Diese haben nach Ausführung ihrer verbrecherischen Aufgaben bislang leicht die Möglichkeit, ungehindert über die Demarkationslinie nach Westdeutschland zurückzukehren.

Auf diese Art versuchen die feindlichen Agenten die Erfolge des friedlichen wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaus der Deutschen Demokratischen Republik zu untergraben, die weitere Hebung des Wohlstandes der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik zu erschweren und die demokratische Ordnung und Gesetzlichkeit, die Stütze des deutschen Volkes im Kampf für Frieden, Einheit und friedlichen Aufbau, zu erschüttern.

Durch diese Handlungen der amerikanischen, englischen und französischen Besatzungsmächte und der Bonner Regierung sieht sich die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik gezwungen, Maßnahmen zu ergreifen, die die Verteidigung der Interessen der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik zum Ziele haben und die ein Eindringen von feindlichen Agenten in das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik unmöglich machen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik verordnet:

§ 1

Das Ministerium für Staatssicherheit wird beauftragt, unverzüglich strenge Maßnahmen zu treffen für die Verstärkung der Bewachung der Demarkationslinie zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und den westlichen Besatzungszonen, um ein weiteres Eindringen von Diversanten, Spionen, Terroristen und Schädlingen in das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik zu verhindern.

§ 2

Alle zur Durchführung dieser Maßnahmen getroffenen Anordnungen, Bestimmungen und Anweisungen sind unter dem Gesichtspunkt zu erlassen, daß sie bei einer Verständigung über die Durchführung gesamtdeutscher freier Wahlen zur Herbeiführung der Einheit Deutschlands auf demokratischer und friedlicher Grundlage sofort aufgehoben werden können.

§ 3

Diese Verordnung tritt mit dem heutigen Tage in Kraft.

Berlin, den 26. Mai 1952

Die Regierung
der Deutschen Demokratischen Republik
O. Grotewohl
Ministerpräsident

Schluß mit der Menschenfalle Westberlin!

Einmütige Bekenntnisse der Bürger unseres Kreises zu den Maßnahmen des Ministerrats der Deutschen Demokratischen Republik:

Herr Gärtner, Lehrer in Ludwigsfelde: „Ich begrüße den Beschluß des Ministerrats. Es ist höchste Zeit, daß diese Maßnahmen zum Schutz unserer Republik getroffen wurden.“

Frau Lucie Schöne, Genossenschaftsbäuerin in Wietstock: „Wir haben heute in unserer LPG „Thomas Müntzer“ über die Maßnahmen unserer Regierung gesprochen und begrüßen die weitere Verstärkung des Schutzes unserer Republik. Zur Stärkung unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates nutzen wir auch den heutigen Sonntag, um die Ernte verlustlos zu bergen.“

Herr Papmar, aus dem Industrierwerk Ludwigsfelde: „Diese Maßnahmen finden meine volle Zustimmung. Dem Menschenhandel und der Republikflucht ist endlich ein Riegel vorgeschoben.“

Schutz der DDR - Sicherung des Friedens - Sicherheit anderer sozialistischer Staaten - das sind die Ziele dieser Maßnahmen.

Solche unmenschlichen Handlungen, wie die der Eheleute Hüneburg aus Zossen, die ihr Kleinkind im Stich ließen und sich in die Fänge der westlichen Kopffjäger begaben, sind nicht mehr möglich!
Eine „Mutter“, wie die des Bill Wagner aus Wünsdorf, wird nicht mehr ihr Kind an die Menschenhändler verkuppeln können.

Diesen Elementen, Lumpen und Verrätern, Agenten und Provokateuren wurde ein energisches Halt geboten. Halt durch unsere Regierung. Halt durch die Arbeiterklasse!

Bürger des Kreises Zossen!

Übt Disziplin und helft bei der Verwirklichung dieser Maßnahmen!

Seid wachsam gegenüber Machenschaften des Gegners!

Vollbringt neue Taten am Arbeitsplatz zur Stärkung unseres Friedensstaates!

Seid aktive Kämpfer für einen Friedensvertrag mit Deutschland!

Nationale Front des demokratischen Deutschland
Kreisausschuß Zossen

Willkommen in der DDR

WO DAS NEUE DEUTSCHLAND WÄCHST!

Die geschichtliche Aufgabe der Arbeiter-und-Bauern-Macht in der Deutschen Demokratischen Republik besteht darin, alles zu tun, damit nie wieder von deutschem Boden ein Krieg ausgeht.

Deshalb ist es unsere Aufgabe, eine solche Friedenspolitik durchzuführen, die nach Westdeutschland und in all die Länder ausstrahlt, in denen die Friedenskräfte noch nicht gesiegt haben. Wir wollen durch unsere Friedenspolitik erreichen, daß die Kraft der Bevölkerung in Westdeutschland wächst, damit auch dort die Ultras und Militaristen zurückgedrängt und gebändigt werden.



Unsere Außenpolitik ist beispielgebend für ganz Deutschland. Wir haben eine neue Außenpolitik der friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion, zu den sozialistischen Staaten. Wir erstreben enge freundschaftliche Beziehungen zu allen Völkern und Staaten der Welt.

Die geschichtliche Aufgabe unserer Deutschen Demokratischen Republik besteht also darin, im Kampf um den Frieden, im Kampf um eine vernünftige, friedliebende und freundschaftliche Außenpolitik und im Kampf um den Aufbau des Sozialismus beispielgebend für ganz Deutschland zu sein.

Wir laden die westdeutschen Bürger ein:

Seht Euch in der Deutschen Demokratischen Republik an, was ein Volk fertigbringt, das frei ist von kapitalistischer Ausbeutung, das frei ist von Militarismus das wirklich die besten Traditionen unseres deutschen Volkes pflegt. Das sind die Traditionen, die durch den Namen Goethe, die durch die Namen unserer größten deutschen Wissenschaftler charakterisiert sind. Auf diese Politik sind wir stolz. Wir sind überzeugt, daß sich diese Politik auch in Westdeutschland durchsetzen wird!

FRAGEN SIE IMMER NOCH:

Wozü die Mauer in Berlin?

Diese Mauer ist auch für Sie errichtet. Als Schutzwall für jedermann, dem der Friede heilig ist. Wer jemanden angreifen will, baut übrigens keinen Schutzwall! Die Bürger der Städte des Mittelalters bauten ihre Mauern nicht, um die Raubritter zu überfallen. Und wenn auch in unserer Zeit Mauern gebaut werden müssen, dann deshalb, weil sich im westdeutschen Staat Politiker der Gegenwart nicht von den Wunschträumen mittelalterlichen Raubrittertums lösen wollen. Sie möchten die Realitäten der Neuzeit nicht zur Kenntnis nehmen.

Der Schutzwall dient deshalb...

- Der Sicherheit aller Bürger der Deutschen Demokratischen Republik
- Der Unantastbarkeit ihrer Häuser und Fabriken – ihres Volkseigentums
- Dem ungestörten Aufbau des Sozialismus im souveränen Arbeiter-und-Bauern-Staat
- Der Freiheit aller Bürger der DDR, in ihrem Staat ohne Einmischung von außen ihr Selbstbestimmungsrecht auszuüben
- Dem Humanismus, weil er alle Bürger und ihre Kinder vor der Unmenschlichkeit des Krieges und seiner Verberämung, vor der amerikanischen Lebensweise schützt
- Dem Frieden in Deutschland und Europa, weil er den deutschen Friedensstaat für Provokateure unangreifbar macht



Damit dient der antifaschistische Schutzwall in Berlin den Interessen der ganzen deutschen Nation!

ER IST ALSO DA

AUCH FÜR SIE!

Extrablatt



Sächsische Zeitung

ORGAN DER BEZIRKSLEITUNG DRESDEN DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

Dresden

Sonntag, 13. August 1961

Erklärung der Regierungen der Warschauer Vertragsstaaten

Friedensregelung mit Deutschland duldet keinen weiteren Aufschub

Westberlin wurde zum größten Sabotage- und Wühlzentrum der Erde gemacht – Im Interesse der Sicherheit der DDR und des ganzen sozialistischen Lagers dieser Wühlätigkeit den Weg versperren – Notwendigkeit der dazu erforderlichen Maßnahmen entfällt bei Abschluß des Friedensvertrags mit Deutschland

Bekanntmachung des Ministeriums des Innern der DDR

BERLIN (ADN). Das Ministerium des Innern der Deutschen Demokratischen Republik veröffentlicht folgende Bekanntmachung: „Auf Grund des Beschlusses der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 12. August 1961 erläßt der Minister des Innern mit sofortiger Wirkung folgende Anweisung:

① Im Straßenverkehr für Kraftfahrzeuge und andere Fahrzeuge sowie Fußgänger zwischen Westberlin und dem demokratischen Berlin bleiben folgende Übergänge geöffnet: Kopenhagener Straße, Wollankstraße, Bornholmer Straße, Brunnenstraße, Chausseestraße, Brandenburger Tor, Friedrichstraße, Heinrich-Heine-Straße, Oberbaumbrücke, Puschkin-Allee, Elsenstraße, Sonnenallee, Rudower Straße.

② Bürger der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich der Bürger der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik (des demokratischen Berlin) benötigen für den Be-

such von Westberlin eine Genehmigung ihres zuständigen Volkspolizeikreisamtes bzw. ihrer zuständigen Volkspolizei-Inspektion. Über die Ausgabe solcher Genehmigungen erfolgt eine besondere Bekanntmachung.

③ Friedliche Bürger von Westberlin können unter Vorlage ihres Westberliner Personalausweises die Übergangsstellen zum demokratischen Berlin passieren.

④ Einwohner Westdeutschlands erhalten an den vier Ausgabestellen Wollankstraße, Brandenburger Tor, Elsenstraße, Bahnhof Friedrichstraße

unter Vorlage ihrer Personaldokumente (Personalausweis oder Reisepaß) wie bisher Tages-Aufenthaltsgenehmigungen für den Besuch der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik (das demokratische Berlin).

⑤ Für ausländische Staatsangehörige gelten die bisherigen Bestimmungen. Für Angehörige des Diplomatischen Corps und der westlichen Besatzungskräfte bleibt es bei der bisher bestehenden Ordnung.

⑥ Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, die nicht in Berlin arbeiten, werden gebeten, bis auf weiteres von Reisen nach Berlin Abstand zu nehmen.

Berlin, den 12. August 1961.*

Maron, Minister des Innern



NEUES DEUTSCHLAND

ORGAN DES ZENTRALKOMITEES DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

16. Jahrgang / Nr. 223

Berlin, Sonntag, 13. August 1961

Berliner Ausgabe / Einzelpreis 15 Pf

BESCHLUSS des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik

Auf Grund der Erklärung der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages und des Beschlusses der Volkskammer beschließt der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik:

Die Erhaltung des Friedens erfordert, dem Treiben der westdeutschen Revanchisten und Militaristen einen Riegel vorzuschieben und durch den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages den Weg zu öffnen für die Sicherung des Friedens und die Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender, antimperialistischer, neutraler Staat. Der Standpunkt der Bonner Regierung, der zweite Weltkrieg sei noch nicht zu Ende, kommt der Forderung gleich auf Freiheit für militaristische Provokationen und Bürgerkriegsmaßnahmen. Diese imperialistische Politik, die unter der Maske des Antikommunismus geführt wird, ist die Fortsetzung der aggressiven Ziele des faschistischen deutschen Imperialismus zur Zeit des dritten Reiches. Aus der Niederlage Hitler-Deutschlands im zweiten Weltkrieg hat die Bonner Regierung die Schlussfolgerung gezogen, daß die rühberische Politik des deutschen Monopolkapitals und seiner Hitler-Generale noch einmal versucht werden soll, indem auf eine deutsche nationalstaatliche Politik verzichtet und Westdeutschland in einen NATO-Staat, in einen Satellitenstaat der USA verwandelt wurde.

Diese neuerliche Bedrohung des deutschen Volkes und der europäischen Völker durch den deutschen Militarismus konnte zu einer akuten Gefahr werden, weil in der westdeutschen Bundesrepublik und in der Frontstadt Westberlin die grundlegenden Bestimmungen des Potsdamer Abkommens über die Ausmerzung des Militarismus und Nazismus fortlaufend gebrochen worden sind.

In Westdeutschland ist eine Verklärung der Revanchepolitik mit sich steigenden Gebietsforderungen gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik und den Nachbarstaaten Deutschlands erfolgt, die in enger Verbindung

des Warschauer Vertrages in der Deutschlandfrage, um durch feindliche Hetze, durch Abergabung und Diversionsaktivität nicht nur der Deutschen Demokratischen Republik, sondern auch anderen Staaten des sozialistischen Lagers Schaden zuzufügen.

Aus all diesen Gründen beschließt der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik in Übereinstimmung mit dem Beschluß des Politischen Beratenden Ausschusses der Staaten des Warschauer Vertrages zur Sicherung des europäischen Friedens, zum Schutze der Deutschen Demokratischen Republik und im Interesse der Sicherheit der Staaten des sozialistischen Lagers folgende Maßnahmen:

Zur Unterbindung der feindlichen Tätigkeit der revanchistischen und militaristischen Kräfte Westdeutschlands und Westberlins wird eine solche Kontrolle an den Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich der Grenze zu den Westsektoren von Groß-Berlin eingeführt, wie sie an den Grenzen jedes souveränen Staates üblich ist. Es ist an den Westberliner Grenzen eine gewöhnliche Bewachung und eine wirksame Kontrolle zu gewährleisten, um der Wühlbarkeit den Weg zu verlegen. Diese Grenzen dürfen von Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik nur noch mit besonderer Genehmigung passiert werden. Solange Westberlin nicht in eine entmilitarisierte neutrale Freie Stadt verwandelt ist, bedürfen Bürger der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik für das Überschreiten der Grenzen nach Westberlin einer besonderen Genehmigung. Der Betrach von friedlichen Bürgern Westberlins in der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik (das demokratische Berlin) ist unter Vorlage des Westberliner Personalausweises möglich. Bewachepolitikern und Agenten des westdeutschen Militarismus ist das Betreten der Hauptstadt der DDR (demokratisches Berlin) nicht erlaubt. Für den Besuch von Bürgern der westdeutschen Bundesrepublik zu

ERKLÄRUNG der Regierungen der Warschauer Vertragsstaaten

Die Regierungen der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages streben bereits seit mehreren Jahren nach einer Friedensregelung mit Deutschland. Sie gehen dabei davon aus, daß diese Frage lösungsfähig ist und keinen weiteren Aufschub duldet. Wie bekannt, hat die Regierung der UdSSR mit vollem Einverständnis und voller Unterstützung aller Staaten, die der Warschauer Vertragsorganisation angehören, den Regierungen der Länder, die am Krieg gegen das hitlerfaschistische Deutschland teilnahmen, den Vorschlag gemacht, mit den beiden deutschen Staaten einen Friedensvertrag abzuschließen und auf dieser Grundlage die Frage Westberlins durch die Verleihung des Status einer entmilitarisierten Freien Stadt zu lösen. Dieser Vorschlag berücksichtigt die reale Lage, die sich in der Nachkriegszeit in Deutschland und in Europa herausgebildet hat. Er ist nicht gegen irgendwelchen Interessen gerichtet und hat nur den Zweck, die Oberreste des zweiten Weltkrieges zu beseitigen und den Westfrieden zu festigen.

Die Regierungen der Westmächte haben sich bisher nicht bereit gezeigt, durch Verhandlungen aller interessierten Länder zu einer vereinbarten Lösung zu kommen. Mehr noch: Die Westmächte beantworten die von Friedensliebenden Vorschläge der sozialistischen Länder mit verstärkten Kriegsvorbereitungen, mit der Entschaffung einer Kriegshysterie und mit der Androhung militärischer Gewalt. Offizielle Vertreter einer Anzahl von NATO-Ländern haben eine Verstärkung ihrer Streitkräfte und Pläne einer militärischen Teilmobilisierung bekanntgegeben. In einigen NATO-Ländern wurden sogar Pläne einer militärischen Invasion des Hoheitsgebietes der DDR veröffentlicht.

Die aggressiven Kräfte machen sich das Fehlen eines Friedensvertrages zunutze, um die Militarisierung Westdeutschlands zu forcieren und in beschleunigtem Tempo die Bundeswehr zu verstärken, wobei sie diese mit den modernsten Waffen ausrüsten. Die westdeutschen Revanchisten fordern offen, daß ihnen Kern- und Raketenwaffen zur Verfügung gestellt werden. Die Regierungen der West-

tragnen werden in die Bundeswehr gepreßt, sie werden in großem Umfang für Spionageorgane verschiedener Länder angeworben, wozu sie als Spione und Sabotageagenten wieder in die DDR geschickt werden. Für derartige Diversionsaktivität gegen die Deutsche Demokratische Republik und die anderen sozialistischen Länder ist sogar ein Sonderfonds gebildet worden. Der westdeutsche Kandidat Adenauer hat unlängst die NATO-Regierungen aufgefordert, diesen Fonds zu vergrößern.

Es ist charakteristisch, daß sich die von Westberlin ausgehende Wühlbarkeit in letzter Zeit verstärkt hat, und zwar gerade nachdem die Sowjetunion, die DDR und die anderen sozialistischen Länder Vorschläge für eine unverzügliche Friedensregelung mit Deutschland gemacht haben. Diese Wühlbarkeit schädigt nicht nur die Deutsche Demokratische Republik, sondern berührt auch die Interessen der anderen Länder des sozialistischen Lagers. Angesichts der aggressiven Bestrebungen der reaktionären Kräfte der Bundesrepublik und ihrer NATO-Verbündeten können die Warschauer Vertragsstaaten nicht umhin, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um ihre Sicherheit und vor allem die Sicherheit der Deutschen Demokratischen Republik im Interesse des deutschen Volkes selbst zu gewährleisten.

Die Regierungen der Warschauer Vertragsstaaten wenden sich an die Volkskammer und an die Regierung der DDR, an alle Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik mit dem Vorschlag, an der Westberliner Grenze eine solche Ordnung einzuführen, durch die der Wühlbarkeit gegen die Länder des sozialistischen Lagers zurecht der Weg verlegt und rings um das ganze Gebiet Westberlins, einschließlich seiner Grenze mit dem demokratischen Berlin, eine verlässliche Bewachung und eine wirksame Kontrolle gewährleistet wird. Selbstverständlich werden diese Maßnahmen die geltenden Bestimmungen für

Sicherheit an der Staatsgrenze West

Die Forderung nach einem deutschen Friedensvertrag wird immer stärker. Die Bonner Kriegsbrandstifter antworten auf die Friedens- und Verständigungsvorschläge der Sowjetunion und der DDR mit neuen Kriegsdrohungen. Bonn hat schon mehr für die Aggressionspläne ausgegeben, als Hitler für die Finanzierung der Vorbereitung des 2. Weltkrieges benötigte.

Für Strauß ist der zweite Weltkrieg noch nicht zu Ende. Sein Ziel heißt: Umwandlung des kalten in einen heißen Krieg! Die Kriegspolitik der Bonner Ultras macht die Sicherung der Staatsgrenze West zur zwingenden Notwendigkeit. Dazu gehörte auch der Wohnungswechsel einiger Familien aus dem unmittelbaren Grenzgebiet in das Innere unseres Bezirkes, der sich vorgestern vollzog. Am selben Abend fanden in allen Dörfern und Städten entlang der Elbe Einwohnerversammlungen statt. Die Bevölkerung wurde von den Sicherungsmaßnahmen in Kenntnis gesetzt und hat diese verstanden. Der Wohnungswechsel der Personen wurde begrüßt, weil sie die Sicherheit im Grenzgebiet und ihre eigene gefährdeten. Mit Ruhe, Besonnenheit und großer Exaktheit wurden diese

ihren Nachbarn und in der Bevölkerung kein Ansehen. Die Bevölkerung hatte sich schon vorher von solchen Personen distanziert; sie wollten mit ihnen nichts mehr zu tun haben. Trotzdem bezogen die aus dem Grenzgebiet entfernten Personen als gleichberechtigte Bürger der DDR an einem anderen Ort einen geeigneten Wohnraum und werden einer neuen friedlichen Arbeit nachgehen.

Die Aktion ist abgeschlossen

Auf den außerordentlich gut besuchten Einwohnerversammlungen wurden viele Fragen der Bevölkerung beantwortet. Darunter auch die, „wer wird als nächster seinen Wohnraum wechseln?“ Die Maßnahmen zum Wohnungswechsel aus dem Grenzgebiet sind abgeschlossen. Es ist nicht vorgesehen, auf diesem Gebiet weitere Maßnahmen durchzuführen. Partei und Regierung sind davon überzeugt, daß die Einwohner, die jetzt im Grenzgebiet wohnen und arbeiten, alles tun werden, um unsere Staatsgrenze West im Interesse der Erhaltung des Friedens zu sichern. Der Kampf um die Sicherung des Friedens und die Niederrückung des deutschen Militarismus erfordern ernste und

Die Forderung nach einem deutschen Friedensvertrag wird immer stärker. Die Bonner Kriegsbrandstifter antworten auf die Friedens- und Verständigungsvorschläge der Sowjetunion und der DDR mit neuen Kriegsdrohungen. Bonn hat schon mehr für die Aggressionspläne ausgegeben, als Hitler für die Finanzierung der Vorbereitung des 2. Weltkrieges benötigte.

Für Strauß ist der zweite Weltkrieg noch nicht zu Ende. Sein Ziel heißt: Umwandlung des kalten in einen heißen Krieg! Die Kriegspolitik der Bonner Ultras macht die Sicherung der Staatsgrenze West zur zwingenden Notwendigkeit. Dazu gehörte auch der Wohnungswechsel einiger Familien aus dem unmittelbaren Grenzgebiet in das Innere unseres Bezirkes, der sich vorgestern vollzog. Am selben Abend fanden in allen Dörfern und Städten entlang der Elbe Einwohnerversammlungen statt. Die Bevölkerung wurde von den Sicherungsmaßnahmen in Kenntnis gesetzt und hat diese verstanden. Der Wohnungswechsel

Der überwiegende Teil der Bevölkerung unseres Grenzkreises steht in treuer und zuverlässiger Pflichterfüllung und im Kampf um die Bändigung der westdeutschen Militaristen hinter der Feststellung des Genossen Quandt auf der 9. Tagung der Bezirksleitung. Er sagte:

Aus Anerkennung der Gefährlichkeit des deutschen Imperialismus ergibt sich folgerichtig die

tenberge ohne Passierschein in das Sperrgebiet des 500-m Schutzstreifens ein. Diese Bürgerin ist sich offensichtlich noch in keiner Weise ihrer hohen Verantwortung gegenüber der Sicherheit unseres Staates als Bewohner des Sperrgebietes bewußt.

Am 12. Dezember 1961 wurde der Bürger Günter Klein aus Ludwigslust durch die Sicherheitsorgane festgenommen, weil

nochmals darauf aufmerksam, mindestens 14 Tage vor Bedarf bei den zuständigen Meldestellen der Volkspolizei die Ausstellung der benötigten Passierscheine bzw. Arbeitsstempel zu beantragen.

Eine Verletzung der Ordnung zur Sicherung unserer Friedensgrenze ist ein schwerwiegender Verstoß gegen die sozialistische Gesetzmäßigkeit. Daher legt der Ge-

Unsere Grenze gut sichern

SVZ 21.9.61

Anerkennung und Unterstützung des Schutzes der Deutschen Demokratischen Republik und die Errichtung des antifaschistischen Schutzwalles durch die Maßnahmen des 13. August 1961.

Ungeachtet einiger notwendiger Härten und Unbequemlichkeiten wird die Ordnung zur Sicherung der Staatsgrenze West durch die Bevölkerung eingehalten. Es gibt jedoch Anzeichen, die dafür sprechen, daß einige Bürger unseres Kreises aus Unterschätzung der Gefährlichkeit des deutschen Militarismus die sozialistische Gesetzmäßigkeit und die in der Ordnung zur Sicherung der Staatsgrenze West festgelegten Maßnahmen grob mißachten.

Am 23. November 1961 schleppte die Bürgerin Hamel aus Lütkenwisch eine Verwandte aus Wit-

tenberge ohne Passierschein in das Sperrgebiet ohne Passierschein aufhielt.

Am 28. November 1961 wurden die Bürger Maciejowski, Gorny und Hocke ohne gültigen Passierschein im Sperrgebiet angetroffen.

In mehreren Fällen wurden in der letzten Zeit Personen im Sperrgebiet festgestellt, deren Passierschein inzwischen ungültig geworden ist. Vielfach wird von solchen Bürgern, die aus beruflichen Gründen in das Sperrgebiet einreisen müssen, die Neuausstellung von Passierscheinen zu spät oder erst nach Ablauf der Gültigkeit bei der Volkspolizei beantragt.

Wir machen die Betriebsleitungen, die Leiter von Institutionen und die Passierscheininhaber

setzgeber in der Ordnung vom 21. September 1961 solche empfindlichen Strafmaßnahmen wie Gefängnis bis zu zwei Jahren und Geldstrafen bis zu 2000 DM fest.

Gemäß der historischen Rolle der Deutschen Demokratischen Republik im Kampf um die Sicherung des Friedens ist es gerade jetzt notwendiger denn je, unsere Sicherungsmaßnahmen an den Staatsgrenzen, verbunden mit höchster Wachsamkeit, voll wirksam werden zu lassen. Damit leisten die Bürger unseres Grenzkreises einen wirksamen Beitrag zur unverzüglichen Herbeiführung von Abkommen zur friedlichen Lösung der Westberlinfrage und des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland. Major Zopick

Aus Anerkennung der Gefährlichkeit des deutschen Imperialismus ergibt sich folgerichtig die

Unsere

Anerkennung und Unterstützung des Schutzes der Deutschen Demokratischen Republik und die Errichtung des antifaschistischen Schutzwalles durch die Maßnahmen des 13. August 1961.

Unzuverlässige Personen aus dem Grenzgebiet entfernt

Die Bevölkerung erkannte sehr schnell, welche Personen einen neuen Wohnraum zugewiesen bekamen. Das zeigte sich in den Einwohnerversammlungen. Aus dem Grenzgebiet wurden solche Personen entfernt, die durch ihre Vergangenheit und ihr gegenwärtiges Auftreten Unsicherheitsfaktoren darstellten. Diese Personen boten für Agenten und andere Feinde unserer Arbeiter- und Bauern-Macht Ansatzpunkte der Kontaktaufnahme zur Durchführung imperialistischer Aufträge.

In Lenzen und Dömitz wurden faschistische Literatur, Hetzflugblätter, Stichwaffen, SS-Ausweise u. a. in Ausstellungen gezeigt, die man bei den umziehenden Bürgern fand. Auch unmoralische Elemente, die durch ihren Lebenswandel versuchten, die bewaffneten Organe zu demoralisieren, bekamen einen neuen Wohnsitz zugewiesen. Unverbesserliche Elemente, oft mit den demokratischen Gesetzen in Konflikt gekommen, verließen das Grenzgebiet. Fast alle Personen hatten bei

Den Frieden noch mehr stärken

Der Ernst der Maßnahmen entspricht der Härte des Kampfes um den Frieden in der gegenwärtigen Periode. Jetzt kommt es darauf an, durch unsere Arbeit unseren Arbeiter- und Bauern-Staat zu stärken, denn je stärker die Deutsche Demokratische Republik ist, desto sicherer ist der Frieden. Die Bevölkerung im Grenzgebiet wird aufgefordert, die Wachsamkeit gegenüber feindlichen Umtrieben zu erhöhen, denn jede Unruhe, Unsicherheit und vom Feind hineingetragene Panikmacherei stört die friedliche Arbeit und liegt nicht im Interesse der Einwohner des Grenzgebietes. Im Interesse eines jeden einzelnen und der gesamten Bevölkerung liegt es, der täglichen Arbeit diszipliniert und bewußt nachzugehen. Es kommt darauf an, die Produktionsaufgebote in der Industrie und in der Landwirtschaft zu verwirklichen. Die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften sind rasch zu festigen, die Hackfrüchte so schnell wie möglich zu bergen, die Winterfurche zu ziehen und alles zu tun, um die Pläne zu erfüllen.

Bundesgesetzblatt

Sonderausgabe Nr. 43

Geheim

Notverordnung zur Ergänzung der Präventions-
für den Fall eines besetzten Landes
mit der Sowjetischen Besatzungszone Deutsche

Auf Grund der für diesen Zweck
ordnet die Bundesregierung mit Gesetz:

Artikel 1

Ergänzung der Prävention

Die Präventionsverordnung vom 28. April 1949 für
Gesetz Nr. 118 (1949) wird wie folgt ergänzt:

Vor Art. 11 wird in der Fassung des
des Artikels eingefügt:

Artikel 2

Invasionsziel:

Das Gebiet der DDR ist als
Invasionsziel in den Bereich der
der Bundesrepublik Deutschland
aufgeführt.

Artikel

Artikel

Diese Verordnung tritt
in Kraft.

Das Bundes-

Karl Heinz Roth
unter Mitarbeit
VON
Nicolaus Neumann
Hajo Leib

Psychologische
Kampfführung

DDR

Vom Kalten Krieg
zur Neuen Ostpolitik

konkret
extra

7

